

## **Anmerkungen zum Koalitionsvertrag der „Ampel“-Koalition**

Attac-AG Globalisierung und Krieg

*Thema: Außen-, Sicherheits- Verteidigungs-Politik (ab S. 144 des Papiers)*

### **Anspruchsvolle Zielangaben**

Die neue Regierungs-Koalition propagiert anspruchsvolle Ziele: den „Schutz von Frieden und Menschenrechten weltweit“. Dabei wird im Text nicht verborgen, dass die Motive ihres Handelns nicht immer wie selbstverständlich zur Deckung zu bringen sind: es „leiten uns unsere Werte **und Interessen**“.

Die deutsche Politik ist in „Verbindung mit denjenigen Staaten (zu verstehen), die unsere demokratischen Werte teilen...“, „Menschenrechte bilden unseren Kompass“. Wie verhält es sich aber mit dem NATO-Verbündeten Türkei, dessen repressiver Regierungspolitik gegenüber Oppositionsparteien und dessen Militäroperationen gegen Syrien? Die „NATO ist ein unverzichtbarer Teil unserer Sicherheit“, dies wird als selbstverständlich vorausgesetzt und muss offenbar nicht genauer begründet werden. Ebenso folgender Satz: „Soldatinnen und Soldaten leisten einen unentbehrlichen Beitrag zum Schutz unseres Landes, für Frieden und internationale Sicherheit“ – etwa wie in Afghanistan? Alternativen hierzu stehen offenbar nicht zur Debatte.

Auffällig: bei den zu schützenden Werten fehlt das **Völkerrecht**, welches z.B. Angriffskriege untersagt und im UN-Sicherheitsrat eine Veto-Möglichkeit gegen grenzüberschreitende Waffengänge vorsieht.

### **Neue Waffensysteme, weitere Aufrüstung**

Entgegen den **politischen Erkenntnissen und Forderungen der Friedensbewegung** hat die Koalition ihre Absicht bekundet, **Drohnen für bewaffnete Einsätze** zu beschaffen, „zum Schutz der Soldatinnen und Soldaten in Auslandseinsätzen“. - Beschafft werden soll auch „ein Nachfolgesystem“ zum Atombombenträgerflugzeug Tornado, zur weiteren „nuklearen Teilhabe“ der deutschen Luftwaffe. - Immerhin: als Trostpflaster ist eine beobachtende Teilnahme an der für Januar geplanten Nachfolgekonzferenz der Unterzeichner-Staaten des Atomwaffenverbotsvertrags (AVV) vereinbart.

Die neue Bundesregierung gibt an, ihren Verpflichtungen innerhalb der NATO nachkommen zu wollen und langfristig insgesamt 3% des deutschen

Bruttoinlandsprodukts in internationales Handeln zu investieren. In klausulierter Form heißt das offenbar: die Koalition bekennt sich zum 2%-Ziel der NATO und damit gleichzeitig zu einem weiteren massiven Anstieg der Rüstungsausgaben.

### **Rüstungsexportpolitik**

Ein weiteres **unklar formuliertes** Versprechen für Friedensbewegte: die Regierung will sich für die Überarbeitung der EU-Rüstungsexport-Verordnung einsetzen, sowie ein „Nationales Rüstungsexportkontrollgesetz“ erlassen – sicherlich wird die Friedensbewegung dazu ihre Vorschläge in die Debatte einbringen. Aktuell erklärt die kommende Regierungskoalition, keine Waffenlieferungen an Staaten zu genehmigen, welche nachweislich am Krieg im Jemen beteiligt sind – was insbesondere auf Saudi-Arabien, aber auch auf Ägypten zutrifft. **Wir sind gespannt, wie dies dann in der Praxis aussehen wird, wir sagen dazu: Waffenexporte lehnen wir ab, sie bringen keinen Frieden.**

### **Krisenprävention und Friedensförderung - Auslandseinsätze**

werden auf fünf wenig spezifizierten Zeilen abgehandelt. Das Programm spricht auch von „Auslandseinsätzen im Rahmen des Internationalen Krisen- und Konfliktmanagements, die auf dem Völkerrecht, insbesondere den Beschlüssen der VN basieren“. Völkerrechtler Norman Paech hat bei unserer Afghanistan-Konferenz der Friedensbewegung schlüssig dargelegt, dass der NATO-Kriegseinsatz dort eben nicht durch einen Beschluss des UN-Sicherheitsrates gedeckt war.

### **„System kollektiver Sicherheit“?**

Die neue Regierung ist bereit, für „Deutschlands Rolle für Frieden, Freiheit und Wohlstand in der Welt“ die Bundeswehr bei bewaffneten Einsätzen in ein „System kollektiver Sicherheit einzubetten“ – bekanntlich versteht sich die NATO als solches, bereits weit über den Nordatlantik hinaus. Wenn nun etwa die Fregatte Bayern der Bundesmarine gemeinsam mit der US-Navy an Flottenmanövern vor der chinesischen Küste beteiligt wird, macht dies eine Entgrenzung des bundesdeutschen Machtanspruchs deutlich.

### **„Cyber Space“**

Entgrenzung auch in Richtung des „Cyber Space“: „Den neuen Bedrohungen im Cyberspace wollen wir durch eine ehrgeizige Cybersicherheitspolitik

entgegentreten. Die Bundeswehr muss zudem in die Lage versetzt werden, im Verbund mit anderen Bundesbehörden im Cyber- und Informationsraum als Akteur erfolgreich zu bestehen.“ Immerhin: „Die parlamentarische Kontrolle über den Einsatz von Cyber-Fähigkeiten der Bundeswehr muss gewährleistet sein.“

Dazu die regierungsnaher „Stiftung Wissenschaft und Politik“: *...Es gibt auch keine Diskussion darüber, welche Arten von Cyber-Operationen von Deutschland zu erwarten sind. Diesbezügliche parlamentarische Anfragen werden in der Regel mit dem Verweis auf den Geheimschutz nicht beantwortet.* Angesichts der recht generischen Aussage, dass der militärische Einsatz solcher Computer-Operationen wie ein Einsatz herkömmlicher Waffen der Zustimmung des Parlaments unterliege, stellt sich natürlich die Frage, worüber die Abgeordneten eigentlich gegebenenfalls abstimmen sollen.

<https://augengeradeaus.net/2020/08/neue-swp-studie-was-kann-und-soll-die-bundeswehr-im-cyber-krieg/>

### **Zusammenfassend:**

Dieses Regierungsprogramm bietet nur sehr wenig Ermutigendes für Friedensbewegte; zum israelisch-palästinensischen Konflikt lesen wir das formelhafte Bekenntnis zur Zwei-Staatenlösung, ohne Kenntnisnahme der realen Annektionsschritte der israelischen Besatzungsmacht; zum Konflikt am Persischen Golf lesen wir den Hinweis auf eine „aggressive Regionalpolitik“ des Iran, ohne die geringste Erwähnung, dass das unter Präsident Obama geschlossene Abkommen gegen eine iranische Atombewaffnung von der US-Regierung unter Donald Trump gekündigt wurde.

Die von der NATO betriebene Hochrüstungspolitik wird an keiner Stelle angezweifelt. Der Afghanistaneinsatz soll zwar in Bezug auf seinen hastigen Abbruch nach 20 Jahren nochmal Gegenstand einer parlamentarischen Untersuchung werden, die geplante Enquete-Kommission mit wissenschaftlicher Expertise zur Evaluierung hat aber laut Koalitionspapier folgende Funktion: „Die gewonnenen Erkenntnisse müssen praxisnah und

zukunftsge-richtet aufbereitet werden, so dass sie in die Gestaltung zukünftiger deutscher Auslandseinsätze einfließen.“

**Als Friedensbewegte setzten wir uns dafür ein**, dass diese Untersuchung auch zu den fundamentalen, eben nicht nur taktischen Fehlern einer Politik vorstößt, welche internationale Machtausübung durch Krieg und Gewalt zu erzwingen versucht.

**Abrüstung einzufordern und zivil-friedfertige Sicherheits- und Entspannungspolitik aufzubauen, bleibt unser Ziel.**

---